

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 7. Juli 2017
GZ. BMF-310205/0127-I/4/2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 13175/J vom 17. Mai 2017 der Abgeordneten Hermann Brückl, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

In den Jahren 2014 bis 2016 wurden folgende Fälle von Übergriffen in den Finanzämtern erfasst:

	Anzahl	davon			
		Bedrohung, Randalieren	Drohbriefe	Telefonische Drohungen	Weigerung Infocenter zu verlassen
2014	9	6	1	1	1
Niederösterreich	2		1		1
Baden/Mödling	1				1
Gänsersdorf/Mistelbach	1		1		
Oberösterreich	1			1	
Gmunden Vöcklabruck	1			1	
Steiermark	1	1			
Bruck Leoben Mürzzuschlag	1	1			
Tirol	1	1			
Innsbruck	1	1			
Wien	4	4			
Wien 8/16/17	4	4			

2015		6	5	1		
Niederösterreich		1		1		
	Gänsersdorf/Mistelbach	1		1		
Oberösterreich		1	1			
	Linz	1	1			
Wien		4	4			
	Wien 8/16/17	4	4			

2016		9	6	1	1	1
Niederösterreich		1	1			
	Neunkirchen/Wr. Neustadt	1	1			
Oberösterreich		2			1	1
	Gmunden Vöcklabruck	1			1	
	Grieskirchen Wels	1				1
Salzburg		1		1		
	St. Johann Tamsweg Zell/See	1		1		
Steiermark		1	1			
	Judenburg Liezen	1	1			
Tirol		1	1			
	Innsbruck	1	1			
Wien		3	3			
	Wien 4/5/10	1	1			
	Wien 8/16/17	2	2			

Dazu ist anzumerken, dass nicht über jede verbale Beleidigung, die insbesondere im Frontoffice der Infocenter oder im Bereich der Telefonie erfolgen, Aufzeichnungen geführt werden.

Zu 2.:

In den Jahren 2014 bis 2016 wurden folgende Fälle bei denen die Polizei gerufen wurde aufgezeichnet:

	Anzahl
2014	4
Niederösterreich	1
Baden/Mödling	1
Tirol	1
Innsbruck	1
Wien	2
Wien 8/16/17	2

2015	2
Wien	2
Wien 8/16/17	2

2016	5
Niederösterreich	1
Neunkirchen/Wr. Neustadt	1
Oberösterreich	1
Grieskirchen Wels	1
Steiermark	1
Judenburg Liezen	1
Tirol	1
Innsbruck	1
Wien	1
Wien 8/16/17	1

Zu 3.:

Jahr	Bundesland	Finanzamt	Anzahl
2014	Tirol	Innsbruck	1
2015	Niederösterreich	Gänserndorf-Mistelbach	1
2015	Oberösterreich	Linz	1
2016	Salzburg	St. Johann Tamsweg Zell/See	1

Hinweis: Nicht bei allen Strafanzeigen ist ein polizeilicher Einsatz vorausgegangen.

Zu 4.:

Von den erfolgten Strafanzeigen führte die Anzeige im Bereich des Landesgerichtes Linz zu einer bedingten Freiheitsstrafe von drei Monaten wegen gefährlicher Drohung, der Fall im Bereich des Landesgerichtes Korneuburg zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sechs Monaten.

Im Fall aus dem Finanzamtsbereich Innsbruck ist das Gerichtsurteil nicht bekannt. Bei dem Fall aus dem Finanzamtsbereich St. Johann Tamsweg Zell/See wurde ein anonymes Drohbrieft bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Das Ergebnis der Anzeige ist nicht bekannt.

Zu 5.:

Beim Einsatz von Securitydiensten wurden die lokalen Umstände und saisonalen Erfordernisse wie folgt berücksichtigt:

Bundesland	FA	Anmerkung
Wien	Wien 8/16/17	Seit 2014: Finanzzentrum Wien Mitte 2 und im Standort Kagran 1 Security-Mitarbeiter/in
Steiermark	Graz-Stadt	Seit 2014: Ein Security-Dienst in Zeiten des erhöhten Kundenaufkommens in den ersten 3 bis 4 Monaten im Jahr
Oberösterreich	Linz	Seit März 2016 während der IC-Öffnungszeiten ein/e Security-Mitarbeiter/in zur Verfügung. Davon ausgenommen sind die Sommermonate Juli und August
	Freistadt Rohrbach Urfahr	
Salzburg	Salzburg-Stadt	Seit 2016 ein Security-Dienst in den Monaten Februar bis April und September bis Dezember
	Salzburg Land	
Tirol	Innsbruck	Seit April 2016 ein Security-Dienst

Zu 6.:

Gemessen an der hohen Kundenfrequenz, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern jeden Tag zu bewältigen haben, kann in einer objektiven Beurteilung die Sicherheitssituation österreichweit als unauffällig bezeichnet werden.

Zu 7.:

Nein.

Zu 8.:

Für die Erhöhung der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden seit vielen Jahren diverse Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören insbesondere Angebote im Rahmen der Fortbildung von Bediensteten im Bereich Gesprächsführung, Deeskalation und Konfliktbewältigung. Die Trainings werden durch interne Trainerinnen und Trainer und auch in Kooperation mit der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt und richten sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kundenkontakt.

Darüber hinaus finden seit 2016 jährliche Reviews über die Sicherheitslage in den Dienstbehörden der Finanzverwaltung statt. Daraus werden gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Zudem werden, wenn dies für die Erhöhung der Sicherheit erforderlich ist, - wie in der Beantwortung zu Frage 5 ersichtlich – auch Securitydienste eingesetzt.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

